



Antrag

TOP:
Vorlagen-Nummer: **VI/2018/04091**
Datum: 15.05.2018
Bezug-Nummer.
PSP-Element/ Sachkonto:
Verfasser: Krause, Johannes
 Wolter, Tom
Plandatum:

Beratungsfolge	Termin	Status
Bildungsausschuss	05.06.2018	öffentlich Vorberatung
Stadtrat	27.06.2018	öffentlich Entscheidung

Betreff: Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) und der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Aufhebung von Schulbezirken für Sekundarschulen

Beschlussvorschlag:

1. Die Stadtverwaltung wird damit beauftragt, die Satzung zur Festlegung von Schulbezirken für Grundschulen und Sekundarschulen in Trägerschaft der Stadt Halle (Saale) – Schulbezirkssatzung – dahingehend zu ändern, dass die bisherigen Schulbezirke der noch verbliebenen Sekundarschulen ab dem Schuljahr 2019/2020 aufgehoben werden und somit alle weiterführenden Schulen in der Trägerschaft der Stadt ohne Einschränkungen durch die Schülerinnen und Schüler sowie deren Personensorgeberechtigten angewählt werden können.
2. Die sich aus der Auflösung der Schulbezirke der Sekundarschule ergebenden, schulorganisatorischen Änderungen sind dem Stadtrat zeitnah zur Beschlussfassung vorzulegen.

gez. Johannes Krause
Vorsitzender
SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)

gez. Tom Wolter
Vorsitzender
Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES
FORUM

Begründung:

Den Veränderungen der letzten Jahre in der Schullandschaft – vor allem durch die Einführung der Gemeinschaftsschulen – sollte mit Blick auf die Aufhebung der Schuleinzugsbezirke an den verbliebenen Sekundarschulen Rechnung getragen werden. Nicht immer stellen aus Sicht der Schülerinnen und Schüler sowie deren Personensorgeberechtigten die großen Schuleinzugsgebiete vor allem in den Randzonen zweier Schulen eine optimale Schulweglänge dar. Um allen Schülerinnen und Schülern sowie allen Schulen ähnliche Zugangsvoraussetzungen zu ermöglichen, sollten für die verbleibenden zwei Sekundarschulen die Schuleinzugsgebiete aufgehoben werden. Die Aufwertung des Schulstandortes und die Betonung der eigenen Stärken und Kompetenzen ist in Eigenverantwortung der Schulen möglich.